

Toxische Orte? Faktoren der regionalen Anfälligkeit für völkischen Nationalismus

Mary Dellenbaugh-Losse, Jamela Homeyer, Julia Leser, Rebecca Pates¹

1. Die räumliche Verteilung des Nationalismus

Nationalismus, insbesondere völkischer Nationalismus, gilt im deutschen Kontext oft als problematisch – es sei denn, es sei ein gedämpfter Nationalismus oder ein situativer, etwa anlässlich von öffentlichen nationalen oder sportlichen Ereignissen (vgl. Shoshan, 2016). Bei der Wähler_innenschaft der AfD ist das jedoch anders – hier weht ein zuweilen kämpferisch nichtapologetischer Wind (vgl. Niedermayer & Hofrichter, 2016). Die Partei hat das Primat des Nationalen bereits in der Präambel des 2016 beschlossenen Grundsatzprogramms benannt. Dort heißt es: »Wir wollen Deutsche sein und bleiben.« Das Nationale ist eindeutiges Programm der Partei und laut Verfassungsschutz besteht eine Tendenz, diesen Nationalismus mit Brücken zum Rechtsextremismus zu versehen. Nun ist diese Partei nicht die einzige, die sich auf das deutsche Volk, die deutsche Nation oder die deutsche Heimat beruft, aber sie tut es auf eine Weise, welche sich auf die Wünschbarkeit der Reduktion der Bevölkerung Deutschlands auf die (augenscheinlich) *eigentlichen* Deutschen richtet. Damit weicht die Partei nicht wesentlich von den in Einstellungsstudien nachgewiesenen Einstellungsmustern ab (vgl. Best, 2018; Reiser, Best, Salheiser & Vogel, 2018; Klein, 2014); aber viele dieser Einstellungen sind sozial nicht hoch angesehen, und wer die AfD wählt und dies öffentlich macht, sieht sich der sozialen Kontrolle seines oder ihres Umfeldes ausgesetzt. Viele mit extremistischen Einstellungen werden andererseits auch nicht die

¹ Besonderer Dank gilt Simon Koch, der die quantitativen Daten zusammengetragen und die Karten für diesen Beitrag bearbeitet hat, Ariane Kolden, die als Redaktionsassistentin größte Sorgfalt walten ließ, und den anonymen Gutachter_innen für ihre hilfreichen Kommentare zur ersten Fassung dieses Beitrags. Die Interviews und teilnehmenden Beobachtungen haben J. Homeyer, J. Leser und R. Pates im Zuge eines BMBF-geförderten Projektes an der Universität Leipzig, »Fremde im eigenen Land?« (Laufzeit 2018-2021), durchgeführt. Namen von Personen, deren Aussagen im Zuge unserer Projekte erhoben wurden und hier wiedergegeben werden, sind z.T. anonymisiert. Wir haben diese Namen mit einem »_« gekennzeichnet.

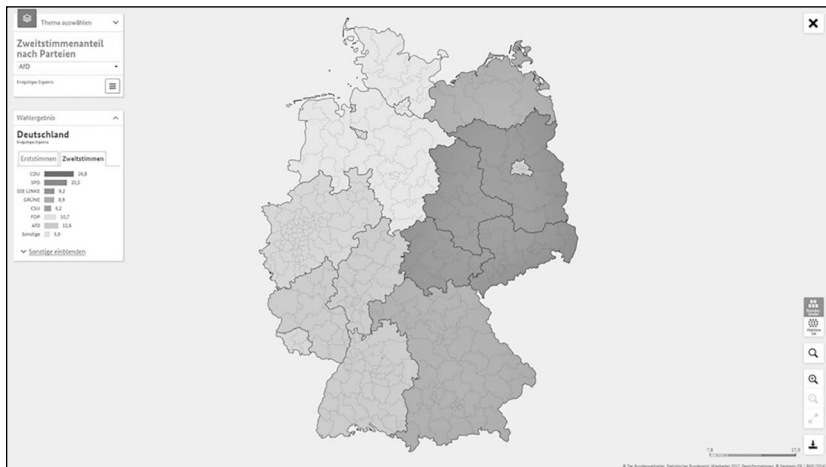
AfD wählen, sondern sich dem demokratischen Geschehen ganz entziehen – und sich gegebenenfalls in Kampfgruppen, Hooliganverbänden, an Reichsbürger_innenstammtischen, in der Identitären Bewegung o.Ä. organisieren oder einzelne Terroranschläge verüben (vgl. Pates & Leser, i.E.). Im Folgenden werden wir uns dennoch ausschließlich mit der Frage beschäftigen, wie sich die Verbreitung von nichtapologetischem Nationalismus durch das Wählen der AfD erklären lässt.

In diesem Beitrag zeigen wir, dass quantitative Befunde bezüglich ökonomischer Schief lagen und kultureller Rückständigkeit, die oft für den Rechtsruck im Osten verantwortlich gemacht werden, keine ausreichende Erklärungskraft haben. Wir zeigen, dass die Analysen kleinräumlicher sein müssen, da es regionale Besonderheiten sind, welche den Unmut mit der Politik und das Wahlverhalten besser erklären können. So gab es in Sachsen eine hoch umstrittene Gebietsreform, welche Unmut schürt, und in einigen Orten gibt es kaum öffentliche Verkehrsmittel, sodass Beteiligung am öffentlichen Leben schwierig ist; in wiederum anderen Regionen prägen langjährige Identifikationsmuster gewisse politische Einstellungen, wie wir zeigen werden.

Wir sehen bei unseren Erklärungen davon ab, das Wahlverhalten der Bürger_innen als Zeichen ihrer inneren Verhasstheit zu sehen; auch bei der SPD und anderen Parteien gibt es schließlich Einstellungsmuster, die man nur als rassifizierend und islamfeindlich interpretieren kann. Was uns vorrangig interessiert, ist das Verhalten selbst, ob es nun als Protest verstanden werden will oder als Ausdruck der Tatsache, dass die Wähler_innen ihre politischen Interessen von der AfD vertreten sehen. Denn auch in anderen Landesteilen gibt es Grund zu protestieren und Menschen mit konservativen Idealen, welche sich bei der AfD aufgehoben sehen könnten. Uns interessiert hier also nicht die Genese der Einstellungsmuster, sondern das kollektive Verhalten, das sich in diesem Wahlverhalten ausdrückt.

Zunächst lässt sich feststellen, dass die Erfolge der AfD bundesweit unterschiedlich verteilt sind. Bekannt ist, dass es ein klares Land-Stadt-Gefälle gibt (vgl. Rolfes, 2011, S. 129; Franz, Fritzscher & Kritikos, 2018), wobei die Landbevölkerung eine höhere oder gar eine wesentlich höhere Affinität zur AfD aufzeigt. Daraus lässt sich nicht schließen, dass es *nur* oder *überall* auf dem Land national-konservative Einstellungen gibt. Nitzan Shoshan hat in seiner bahnbrechenden Studie über extremen Nationalismus in Treptow-Köpenick im Südosten von Berlin gezeigt, wie sich jugendkulturelle Szenen auch in urbanen Räumen verbreiten (vgl. Shoshan, 2016). Dennoch gibt es eine positive Korrelation zwischen dem national-konservativen Wahlverhalten und dem ländlichen Raum. Ähnlich ist es in Frankreich in Bezug auf den Front National, in Großbritannien in Bezug auf den Brexit oder in den USA in Bezug auf Trump-Anhänger_innen. Wie die Webseite des Bundeswahlleiters zeigt, ist der Zweitstimmenanteil der AfD im Osten der Republik mit Ausnahme von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern insgesamt besonders hoch (vgl. Abb. 1).

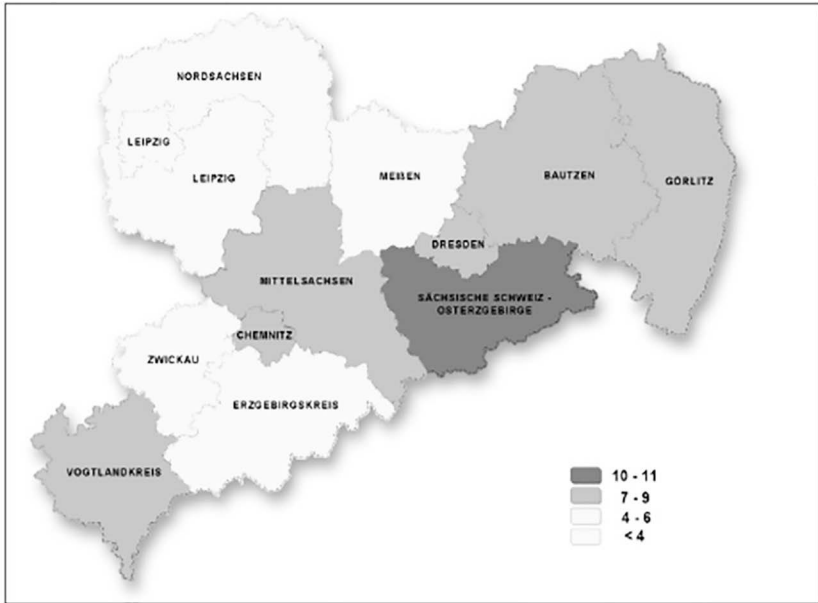
Abbildung 1: Zweitstimmenanteil der Bundestagswahl 2017 nach Parteien, hier: AfD



Quelle: der Bundeswahlleiter

Während die AfD bei der Bundestagswahl 2017 bundesweit durchschnittlich auf 12,6 % der Zweitstimmen gekommen war, erzielte sie in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg durchschnittlich 22,6 % der Zweitstimmen. In Sachsen wurde die AfD sogar die stärkste Partei in Bezug auf Zweitstimmen und erzielte drei Direktmandate, alle im östlichen Sachsen (vgl. Jäckle, Wagschal & Kattler, 2018, S. 542). Einerseits stützt dieses Ergebnis die These, Sachsen sei besonders anfällig für völkischen Nationalismus. Diese These wird oft als Symptom eines Sachsenhasses bezeichnet, zuweilen auch als »Säxismus«: Sachsen sei nicht an und für sich national-konservativer eingestellt, sondern werde von Neidern nur schlechtgeredet. Aber in der Tat haben wir hier eine besonders hohe Dichte an kontemporären sozialen Bewegungen am völkisch-nationalen Rand, wie PEGIDA, sowie sich neu bildende rechtsextreme Terrorgruppen (neben den bekannten Tätern_innen des NSU, die in Sachsen wohnten, auch NSU 2.o, Oldschool Society, Gruppe Freital, Skinheads Sächsische Schweiz und Revolution Chemnitz) zu verzeichnen. Andererseits bestätigt der Sächsische Verfassungsschutzbericht für 2017 eine regionale Verteilung von gewaltbereiten Rechtsextremisten_innen, die den Osten und Südosten des Landes bevorzugen (vgl. Abb. 2).

Abbildung 2: Rechtsextremistisches Personenpotenzial in den Landkreisen und kreisfreien Städten je 10.000 Einwohner_innen



Quelle: Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2017, S. 19

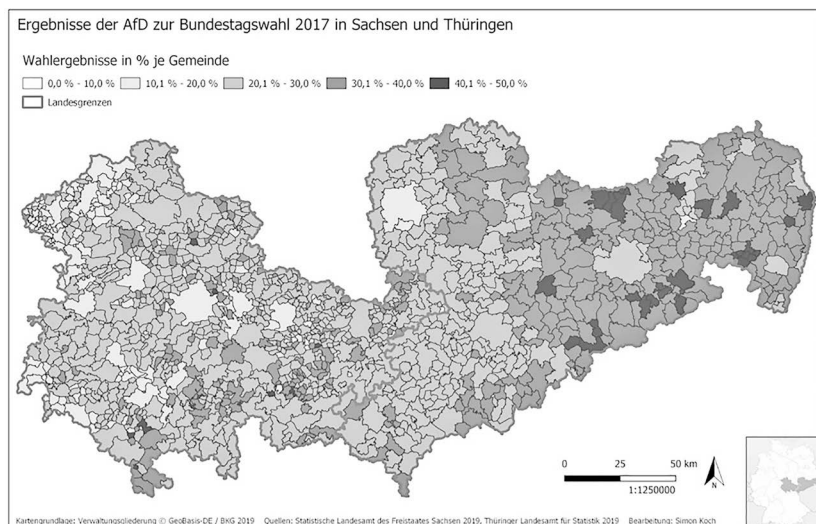
Dieses markante Ost-West-Gefälle in der Anfälligkeit für rechtsextreme Gewalttaten innerhalb der südlichen Ostbundesländer zeichnet sich ebenfalls in den Stimmen für die AfD ab. Abbildung 3 zeigt die Ergebnisse der Bundestagswahl von 2017 in Bezug auf die gültigen Zweitstimmen, die für die AfD abgegeben wurden, auf Gemeindeebene. In den dunkel eingefärbten Wahlbezirken erhielt die AfD über 40,1 % der Stimmen, die helleren Töne stehen jeweils für Ergebnisse in 10-Prozent-Schritten. In den hellsten Wahlkreisen im westlichen Thüringen wurden immerhin noch über 10 % der Stimmen für die AfD abgegeben.

In Wahlkreisen, die Polen am nächsten liegen, erzielte die AfD ein Drittel aller Stimmen, während sie in weiter westlich gelegenen Wahlkreisen nur auf ein Fünftel kommt. Im sächsischen Schweiz-Osterzgebirge (Wahlkreis 158) waren es 35,5 %, im Eichsfeld/Nordhausen/Kyffhäuserkreis (Wahlkreis 189) waren es 21,1 %. Im westlichen Thüringen liegen die Werte immer noch weit über dem Bundesdurchschnitt (12,6 %), im östlichen Sachsen brechen sie jedoch Rekorde.

Nun ließe sich postulieren, dass allein die Distanz zur polnischen Grenze die Affinität zur AfD bestimme – die Großstädte Dresden, Leipzig und Erfurt ausgenommen, wie die hellen Flecken auf der Karte abbilden. Die Politologen Jäckle, Wagschal und Kattler stellen fest, dass die Nähe zu Ostgrenzen fast überall (außer

in Mecklenburg-Vorpommern) zu einer Affinität zur AfD zu führen scheint. Sie argumentieren, dass »deutschlandweit die AfD in Wahlkreisen, die an der Grenze zu Polen, Tschechien oder Österreich liegen, stärker abschnitt« (Jäckle u.a., 2018, S. 539), und untersuchen, ob – neben der Grenznähe – nicht auch soziostrukturelle oder ökonomische Faktoren zur Erklärung herangezogen werden können.

Abbildung 3: Ergebnisse die Anteile der Zweitstimmen der AfD bei der Bundestagswahl 2017 auf Gemeindeebene für Sachsen und Thüringen



Quelle: eigene Darstellung

2. Thesen zur Attraktivität nationalistischer Parteien

Klar ist, dass es fast im gesamten Osten zu einer wesentlich höheren Attraktivität von rechten und national-konservativen Parteien gekommen ist, insbesondere, wie Abb. 3 zeigt, im ländlichen Raum. Vorhergehende Studien weisen darauf hin, dass AfD-Wähler_innen in einem besonderen Maße mit dem derzeitigen politischen und gesellschaftlichen System unzufrieden sind. Wie der umstrittene Dresdner Politologe Werner Patzelt richtig argumentiert, sind Kritiker_innen der Politikresponsivität unter den Wähler_innen der Linkspartei und der AfD (71 bzw. 70 %) zu finden, während die Wähler_innen der Grünen am zufriedensten mit der Bundespolitik seien (40 %). Patzelt deduziert daraus, dass die Grünen eine Status-quo-Partei geworden seien (vgl. Patzelt, 2018, S. 887).

Gründe für eine umfassende Unzufriedenheit mit dem Status quo erklären die soziodemographischen Daten durchaus – in allen solchen Untersuchungen

sind die Grenzen der ehemaligen DDR noch klar zu sehen. Die östlichen Regionen sind 30 Jahre nach der Wende einkommensschwächer, ihre Bevölkerung ist älter, ihr intergenerationelles Vermögen niedriger. Darüber hinaus ist die politische Responsivität gegenüber bestimmten Interessengruppen schwach ausgeprägt (vgl. Elsässer, Hense & Schäfer, 2017): Lea Elsässer und ihre Kollegen haben festgestellt, dass es »einen deutlichen Zusammenhang zwischen den getroffenen politischen Entscheidungen und den Einstellungen von Personen mit höherem Einkommen, aber keinen oder sogar einen negativen Zusammenhang für die Einkommensschwachen« gibt. Es gibt also eine klare Repräsentationslücke und gute Gründe für eine Unzufriedenheit mit dem politischen System, zumindest aus Perspektive der Einkommensschwachen. Deren Belange werden seit einigen Jahrzehnten von den LINKEN vertreten, die aber nun gerade nicht im Aufschwung sind. Die zweifellos existierende Repräsentationslücke erklärt also nicht, warum sich gerade die AfD im Aufschwung befindet, auch weil sie keine klare Sozialpolitik zugunsten der sozial Schwachen aufweisen kann.

Aus der aktuellen wissenschaftlichen Debatte zu den Gründen für das (Wieder-)Aufkommen des völkischen Nationalismus lassen sich vier Thesengruppen herauschälen.

2.1 Alles Verlierer_innen?

»Von der Professoren- zur Prekariatspartei« lautete ein Artikel der WELT über die sich ändernde Attraktivität der AfD.² Es handle sich um die Abkehr der sozial Schwächeren und der Arbeiter_innen von den sie traditionell vertretenden Parteien am linken Rand des Spektrums hin zu rechten Parteien. Dabei, so Didier Eribon, habe es sich um eine Notwehrreaktion gehandelt (vgl. Eribon, 2016, S. 124).

So separate Wissenschaftler_innen wie Joan Williams (2017), Michael Kimmel (2017) und Wolfgang Merkel (2017) argumentieren auf ähnliche Weise: Der Rechtsruck in westlichen Gesellschaften liege daran, dass gewisse Personengruppen (Männer, bei Kimmel »weiße Männer« oder bei Williams »working class white men«) riskierten, durch Gleichstellungspolitiken ihre Dominanz zu verlieren. Es seien Gruppen, die im Zuge der Globalisierung den Kürzeren gezogen hätten und in einem Impetus reaktionärer Nostalgie die Zeit zurückstellen wollten – bis zu einem Zeitpunkt, als die Welt noch »in Ordnung« gewesen sei. Der 1941 in Chemnitz geborene Alexander Gauland, Fraktionsvorsitzender der AfD im Bundestag, sprach es aus: »Ich möchte dieses Land, wie wir es von unseren Vätern ererbt haben. Und so soll es bleiben.« Ob er damit das nationalsozialistische oder das sozialistische Erbe meint, bleibt unausgesprochen, aber beide haben gemeinsam, dass sie die ethnisch und sprachlich homogensten »Deutschlande« in der Geschichte

2 Welt Online, 21.3.2016, zitiert in Niedermayer & Hofrichter, 2016, S. 270, Fn 7.

waren. Eine viel wiederholte Erklärung hierfür besteht darin, dass soziale und geographische Mobilität Rückschlüsse auf erreichbaren Status erlaubt: Die transnationalen Klassen seien mit mehreren Kulturen, Sprachen, Regelwerken und Ordnungssystemen vertraut, aber die lokalen Klassen seien von konservativeren Werten bestimmt und sähen sich nicht mehr von gleichstellungs- und queer-politisch motivierten Städter_innen adäquat repräsentiert (vgl. Koppetsch, 2019; v. Braun, 2017; Goodheart, 2017).

Das neue Wahlverhalten lässt sich dennoch nicht ohne Weiteres auf Klassenzugehörigkeit und Männlichkeit zurückführen. Wie der Leipziger Soziologe Holger Lengfeld ausführt:

»Die für Modernisierungsverlierer typischen niedrigen Statuslagen (geringer Bildungsgrad, berufliche Tätigkeit als Arbeiter und geringes Einkommen) haben keine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit auf die Absicht, in der kommenden Bundestagswahl für die AfD zu stimmen. Gleiches gilt für Personen, die sich als Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung betrachten.« (2017, S. 209)

Die AfD-Wähler_innen seien allerdings »kulturelle Verlierer,« meint Lengfeld, weil sie schlecht für die Zukunft aufgestellt seien. Sie seien weder abgehängt noch arm, auch zählten sie nicht zu den Prekarisierten, sie ängstigten sich aber überdurchschnittlich stark vor der als gefährdet imaginierten Zukunft – und das nicht zu Unrecht, zählten sie doch »zu den potenziellen Verlierern der durch wirtschaftliche Globalisierung geprägten Modernisierung Deutschlands in den letzten zwei Dekaden« (Lengfeld, 2017, S. 227).

Doch obwohl in den letzten Jahren die Affinität der Arbeiter_innenschaft zur AfD deutlich zugenommen hat, machen im Jahr 2016 Erwerbstätige zwei Drittel der AfD-Anhänger_innen aus. Diese Erwerbstätigen sind zu einem Viertel Arbeiter_innen, zur Hälfte Angestellte und zu einem Fünftel jeweils Beamt_innen sowie Selbstständige: Arbeiter_innen sind damit unter den AfD-Wähler_innen eine relativ kleine Minderheit (vgl. Niedermayer & Hofrichter, 2016, S. 272). Der niederländische Extremismusforscher Cas Mudde meint in *The Guardian*, die Verlierer_innenhypothese ließe sich zumindest nicht durch die These, die Arbeiter_innen wählten rechts, belegen: »[M]ost voters for populist radical-right parties were not working-class – and most working-class voters did not vote for the populist radical right« (2019). Denn die AfD ist keineswegs eine Partei »der kleinen Leute« (wie Gauland es gerne darstellt), sondern wird gewählt von Personen mittleren Bildungsstandes und eines leicht überdurchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens. Sie beschreiben ihre persönliche Situation demnach als »sehr gut« oder »gut«.

Die Wähler_innen rechter und ultrakonservativer Parteien sind also weder Modernisierungsverlierer_innen noch besonders arm, besonders ausgebeutet

oder besonders unglücklich. Die Verlierer_innenthese, so argumentiert Cornelia Koppetsch,

»erklärt zu viel, weil es wesentlich mehr ökonomische Verlierer als Anhänger des Rechtspopulismus gibt. Es existiert somit eine beträchtliche Anzahl Benachteiligter, die sich eben nicht durch den Rechtspopulismus mobilisieren lassen. Sie erklärt zu wenig, weil nicht alle Wähler ökonomisch Benachteiligte oder Verlierer sind und die Trägergruppen des Rechtspopulismus Menschen mit einer großen Bandbreite an Bildungsgraden und Einkommenssituationen, d.h. auch privilegierte Bevölkerungsgruppen und Besserverdienende, umfassen.« (Koppetsch, 2019, S. 100)

Das bedeutet nun aber nicht, dass die These völlig unbrauchbar ist. Denn die neuen Wähler_innen rechter Parteien sind Menschen, die den Eindruck haben, sie seien kurz davor, etwas zu verlieren. Die globalen Entwicklungen nämlich, die manchmal *Neoliberalismus* genannt werden, führen zu einer Transnationalisierung der Arbeitsumgebung für eine breite Schicht von Angestellten und Unternehmer_innen in den Kultur- und Wissensökonomien sowie für eine Schicht, die Koppetsch »transnationales Unten« nennt: »Hier finden sich Geringverdiener aus unterschiedlichen Weltregionen als globales Dienstleistungsproletariat wieder« (Koppetsch, 2019, S. 19). Nur gibt es einen Teil der Mittelschicht, der sich nicht transnationalisiert und der sich den rechten Parteien zuwendet, weil er viel zu verlieren hat:

»Es zeichnet sich somit immer deutlicher eine zentrale Spaltungsachse innerhalb der Mittelschicht ab: Die akademisch ausgebildete urbane Mittelschicht wird zunehmend in die globale Oberschicht integriert, während die in den Regionen und Kleinstädten angesiedelte mittlere und untere Mittelschicht zunehmend in die Defensive gerät und ein unbedingtes Interesse am Erhalt eines exklusiv nationalen Wirtschafts- und Wohlfahrtsraums hat, notfalls auch durch Abkoppelung von der Globalisierung.« (Koppetsch, 2019, S. 20)

Denn durch die neuen Spaltungen sind neue Verlierer_innen entstanden: jene, die Anerkennung erfahren und sichtbar sind, sich in Medien Gehör verschaffen können und die mitbestimmen, was innerhalb des Sagbaren liegt und was nicht, und diejenigen, deren Verhalten sich als ungehörlich darstellen lässt, denen die Kontrolle über die Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Logiken der Anerkennung entgleitet. Im Westen sind dies überproportional Wähler_innen, die einer industriellen Tätigkeit nachgehen und/oder ein geringes Einkommen aufweisen. Im Osten sind dies vorwiegend Wähler_innen aus solchen ländlichen Regionen, die von Abwanderung besonders stark betroffen sind. In West wie Ost sind dies

eher Etablierte – daher nennt Koppetsch die AfD-Wähler_innenschaft einen *Aufstand der Etablierten* (vgl. Koppetsch, 2017). Diese werden besonders effektiv von den neuen rechten Parteien angesprochen:

»Angesprochen werden Gruppen und Individuen mit sehr unterschiedlichen Deklassierungserfahrungen: entmachtete Eliten, enttäuschte Familienväter, Ostdeutsche mit entwerteten Biografien oder ganz allgemein marginalisierte Belegschaften und Berufsgruppen. Die unterschiedlichen Adressaten können dabei keiner einzigen Klassenlage zugeordnet werden, sie bilden vielmehr ein vertikales Bündnis unterschiedlicher zurückfallender Gruppen.« (Koppetsch, 2019, S. 23)

Aber das erklärt ja nicht die Zustimmung zu den dezidiert ethnisierenden Themen der Partei. Dieser Problematik nehmen sich andere Theoretiker_innen an.

2.2 Weiße Identitätspolitik?

Wie Dowling, van Dyk und Graefe argumentieren, ist die Hypothese vom »echten«, nicht durch Vielfalteuphorie verwässerten Klassensubjekt« (Dowling u.a., 2017, S. 213) aber eine, die dieses imaginierte (»weiße, männliche«, manchmal auch: zur Arbeiter_innenschicht gehörende) Subjekt zum Opfer des »liberalen Kosmopolitismus und seiner »antinationalen Umerziehungsmaßnahmen« mache, welches daraufhin aus schierer Renitenz zum Nationalisten und Rassisten werde; dieses Subjekt warte im Grunde nur darauf, hier abgeholt zu werden und mit anderen Globalisierungskritiker_innen gegen den Neoliberalismus vorzugehen (vgl. insbes. Stegemann, 2017; Streek, 2017).

Im Grunde haben AfD-Wähler_innen nichts so sehr gemein wie ihren Rassismus. Die Übersetzung der rassistischen und völkischen Ressentiments in eine Neufassung der »sozialen Frage« sei eine Interpretation von außen, von Leuten, die sich eine Protestbewegung wünschen, aber nur eine von rechts sähen. Wie Fatima El-Tayeb es formulierte: »Bei Rassismus geht es scheinbar immer um etwas anderes: Angst vor der Zukunft, wirtschaftliche Unsicherheit oder sozialistische Altlast« (El-Tayeb, 2016, S. 19). Im Grunde gehe es, so die Jenaer Soziologin Silke van Dyk, bei dem Ruck nach rechts um den »Ausdruck einer weißen Identitätspolitik, die Privilegien der Vergangenheit zu restaurieren versucht« (van Dyk, 2019, S. 30). Ohne dieser Diagnose widersprechen zu wollen – der Rassismus lässt sich nicht einfach aus der mangelnden Transnationalität erklären – erklärt sie unseres Erachtens jedoch nicht, warum Menschen in einigen Regionen sehr viel stärker zu diesem Wahlverhalten neigen als in anderen. Um das zu erklären, wenden wir uns daher den *sozialstrukturellen* Argumenten zu. Sie sollen den schon genannten narrativen und identitätspolitischen Erklärungen hinzugefügt werden, nicht, weil diese falsch sind, sondern weil sie nicht ausreichen, um die divergente

Verbreitung des Wahlverhaltens in sonst soziostrukturell ähnlichen Regionen zu erklären.

2.3 Politische Strukturen

So argumentiert Michael Minkenberg in seiner Studie (2017) *Postsozialistische Zustände*, es handle sich bei dem Rechtsruck um eine »normale Pathologie« im Rahmen multipler Modernisierungen, die mit Transformationskosten einhergehen, die nicht gleichmäßig verteilt seien (vgl. auch Minkenberg, 2002, S. 344). Da die Modernisierungsprozesse in postsozialistischen Gesellschaften einerseits tiefgreifender und weitgehender seien, andererseits sich auch fundamental von Prozessen der industrialisierten zu postindustrialisierten Gesellschaften unterscheiden, seien dort auch die parteipolitischen Verwerfungen gravierender:

»The exchange of entire social systems causes high levels of social disorientation and ambivalence towards the new order. Again, political entrepreneurs who offer simple solutions and appeal to the people or nation rather than a particular social class or universalist vision of progress have a competitive advantage. In sum, the transformation-induced opportunity structures, which lie behind the institutional settings of liberal democracy as they are put into place in most Eastern European countries, must be seen as generally favourable to the radical right.« (Minkenberg, 2002, S. 356)

Diese strukturellen Änderungen (Einführung einer institutionellen repräsentativen Parteiendemokratie, Einführung der Marktwirtschaft, Liberalisierung), argumentiert Minkenberg, gingen einher mit einem Grad an Misstrauen gegenüber Regierung und politischen Parteien, einer Distanzierung von den Praktiken der Demokratie (wenn auch nicht unbedingt von den Prinzipien der Demokratie) und einer Hinwendung zu politischen Lösungen, die Erlösung vom Status quo und eine Rückkehr zu einer besseren Vergangenheit versprechen.

Auch Philip Manow zeigt in seiner Studie *Politische Ökonomie des Populismus* (2018) die Korrelation von nationalistischen Bewegungen mit ökonomischen Veränderungen auf – und da letztere sich in verschiedenen Regionen Europas unterschiedlich gerierten, sind auch die Verwerfungen und Lösungen, die die nationalistischen Parteien aufgreifen, jeweils unterschiedlich. Gemein hätten sie jedoch, dass sie konservativ-nationalistische identitätspolitische Angebote zusammenbrächten mit wohlfahrtsstaatlichen Versprechen, die jedoch jeweils unterschiedliche Gruppen ausschlossen. Nationalismus gehe einher, so argumentiert Manow, mit Wohlfahrtsstaatschauvinismus, aber dieser sei unterschiedlich ausgeprägt.

Der Vorteil dieser Erklärungsmodelle für unsere Fragestellung besteht darin, dass sie zum Teil erklären, warum es in den östlichen Bundesländern zu einem

sehr viel höheren Zulauf zu nationalistischen politischen Angeboten kommt als in den westlichen Bundesländern: Die Kosten der Transformation und die mit ihnen verbundenen sozialen Verwerfungen sowie die disproportionale Emigration der transnationalen Milieus führen zu einer Verdichtung derjenigen Teile der Bevölkerung, die mit dem Status quo unzufrieden sind.

Was diese Darlegungen jedoch nicht bieten, ist eine Erklärung dafür, wie unterschiedlich die Wahlergebnisse *innerhalb* der östlichen Bundesländer sind. Diese regionalen Unterschiede bedürfen einer regionalspezifischen Erklärung, wie sie etwa Justin Gest in Regionen der USA und Großbritanniens oder Sebastian Kurtenbach am Beispiel Bautzen liefern.

2.4 Posttraumatische Orte, posttraumatische Regionen

Justin Gest fragt sich in einer Studie zum Wahlverhalten weißer Mitglieder der Arbeiter_innenklasse in Regionen der USA und Großbritanniens, warum Mitglieder der Arbeiter_innenklasse – einst politisch so dominant, dass sie Wahlen bestimmen konnten – sich nun als politisch so peripher betrachten, dass sie sich mithilfe von Gewalt und revolutionären Ambitionen zur alten Dominanz putzen möchten und in der Zwischenzeit rechte nationalistische Parteien wählen, die ihren ökonomischen Interessen nicht zu entsprechen scheinen. In England sind das insbesondere die zivilgesellschaftlichen Organisationen *English Defense League* und die *British National Party* (inzwischen auch *The Brexit Party*). In den USA sind das Netzwerke wie *The Tea Party* und die Unterstützung für Donald Trump als Kandidat der Republikaner. Solche Entwicklungen hin zu kollektivem national-konservativem Wahlverhalten fänden insbesondere in postindustrialisierten Regionen statt: »Post-traumatic cities are exurbs and urban communities that lost signature industries in the mid- to late-twentieth century and never really recovered« (Gest, 2017, S. 7). Die schwindende Einflussnahme der Einzelnen als Arbeiter_innen sei einhergegangen mit einer Abspaltung der relativ immobilen Arbeiter_innen von den aus der Region emigrierenden, sozial und geographisch Mobileren, was zu einer Verstärkung der regional verankerten sozioökonomischen Ungleichheit führe. Die Immobilen verharrten in schlecht bezahlten Verhältnissen in infrastrukturell vernachlässigten Regionen; die Emigrierten schließen an den durchschnittlichen Verdienst der wohlhabenderen Regionen an. Gleichzeitig, notiert Gest, kommt es zu einer Ansiedlung von Minderheiten in den nun leer gewordenen Regionen, sodass sich das Umfeld der Zurückgebliebenen sichtbar verändert. Diesen neu Hinzugezogenen wird die Solidarität ausdrücklich verweigert. Die recht gut miteinander vernetzten Haushalte schotten sich horizontal gegen Minderheiten ab, es werden separate Organisationen gegründet und das Freizeitverhalten spaltet sich nach ethnischen Kriterien oder wird zunehmend privatisiert.

Der Rückgang an sozialer Mobilität und die sozialräumliche Randlage gehen laut Justin Gest in Großbritannien und den USA also einher mit einer lokalspezifischen Hinwendung zu rechten sozialen Bewegungen und nationalistischen Parteien. Hier scheint es sich um eine identitäts- und affektpolitische Entscheidung zu handeln – denn die zurückgebliebenen Mitglieder von Minderheiten scheinen sich keineswegs so zu entscheiden. Die kollektive Entscheidung für eine populistische Politik ist also keine Reaktion auf die sozioökonomischen Änderungen in den postindustriellen Orten und Regionen an sich. Sie korreliert vielmehr mit einem sozial spezifischen, nur in gewissen Netzwerken verbreiteten Narrativ der kollektiven Zurücksetzung, wie sie etwa Arlie Hochschild (2019) bei Trump-Wähler_innen in den Südstaaten oder Kathleen Cramer (2016) bei der Landbevölkerung von Wisconsin analysiert haben. Dabei reproduziert Gest mit seinem Buchtitel *The New Minority* eines dieser Narrative: Er erklärt die weiße Bevölkerung Großbritanniens und der USA zu einer neuen Minderheit und ihren Rechtstruck als Protestreaktion auf diesen neuen Status. Dabei ist dies vor allem eine *gefühlte Wahrheit*, wie Hochschild sie beschreibt – die Weißen in den USA sterben ebenso wenig aus wie die Deutschen.

Die Theorien Gest's scheinen auf den ersten Blick für Ostdeutschland einleuchtend zu sein, wenn auch in modifizierter Weise: Es kam dort *flächendeckend* zu einer weitgehenden Deindustrialisierung, einer hohen Abwanderungsquote und einer Überalterung – was bei einer (wie Minkenberg es für postsozialistische Länder allgemein gezeigt hat) so signifikanten Transformation zu erwarten war und mit einem Rechtsruck einhergeht. Was im Osten nicht passiert ist, ist die Ansiedlung von Minderheiten (vgl. [destatis.de](https://www.destatis.de/DE/Pressemitteilungen/2018/12/201812_31_12.html), »Ausländische Bevölkerung nach Bundesländern« vom 31.12.2018).

Jedoch könnte man mit Gest erklären, warum es innerhalb des Ostens so große Unterschiede im Wahlverhalten gibt: Einige Orte könnten einfach in stärkerem Maße von hochgradiger Abhängigkeit von einem Unternehmen oder einem Industriesektor dominiert worden sein, sodass dessen Rückbau zu einem simultanen ökonomischen, sozialen und politischen Kollaps führte, welcher wiederum den demographischen Wandel prägte (Jüngere, Frauen und Gebildete ziehen weg). Damit altert, vermännlicht und entmobilitisiert sich eine Ortschaft. Der eigene soziale Status wird als entwertet empfunden, was zu einer Schuldsuche führe (also einer Elitenkritik, vgl. auch Markovits, 2019) und zu einer Hinwendung zu Parteien, die Alternativen anbieten – oder die zumindest »die Eliten« irritieren (vgl. Niedermayer & Hofrichter, 2016, S. 284).

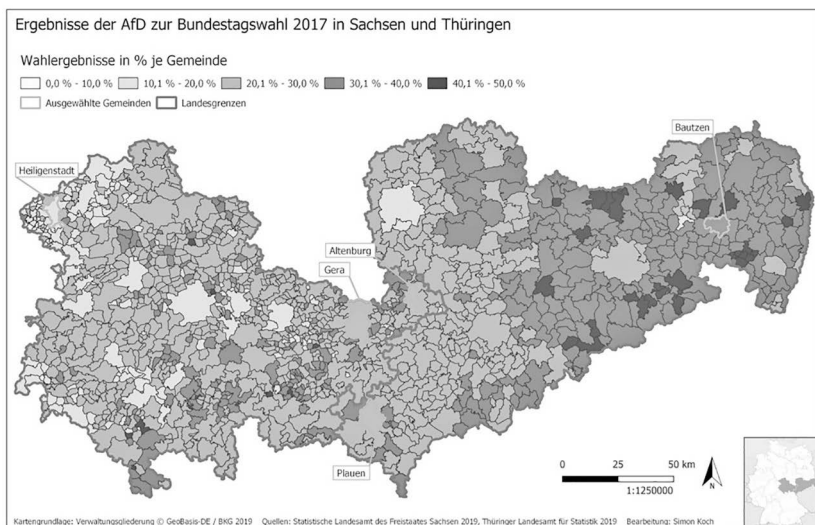
Die regionalen Unterschiede würden sich demnach durch den Wegfall bestimmter Unternehmen im produzierenden Gewerbe, durch demographischen Wandel und durch eine Abwendung von den üblichen politischen Lösungen erklären.

2.5 Sind nationalistische Orte besonders toxisch?

Die Operationalisierung von Gest's Thesen zur Überprüfung der Anwendbarkeit seiner Annahmen für den ostdeutschen Fall bedarf einer näheren Betrachtung unterschiedlicher demographischer und wirtschaftsbezogener Daten. Die quantitativen Daten, so argumentieren wir hier, zeigen, dass Gest's Theorien zur Korrelation von soziodemographischen Daten mit Wähler_innenverhalten nicht erklärungsstark sind. Im zweiten Teil dieses Beitrags entwickeln wir die Überlegungen aus qualitativer Forschung weiter, die im Zuge des laufenden Projektes »Fremde im eigenen Land? Eine Studie über die Veränderbarkeit nationaler Narrative mithilfe Politischer Laboratorien«, an dem drei der Autorinnen beteiligt sind und das durch den BMBF gefördert wird, erhoben wurden.

Um zu zeigen, dass Gest's Hypothesen hier nicht erklärungsstark sind, reichen einige Fallbeispiele aus Sachsen und Thüringen. Wir haben Fälle mit relativ hohen (Gera, Altenburg, Bautzen) und relativ niedrigen (Heilbad Heiligenstadt und Plauen) AfD-Stimmenanteilen in den zwei Bundesländern ausgewählt (vgl. Abb. 4).

Abbildung 4: Ergebnisse der Anteile der Zweitstimmen der AfD im Bundestagswahl 2017 auf Gemeindeebene für Sachsen und Thüringen. Die ausgewählten Fallbeispiele sind markiert



Quelle: eigene Darstellung

Gests Hypothesen können in drei Themencluster zusammengefasst werden:

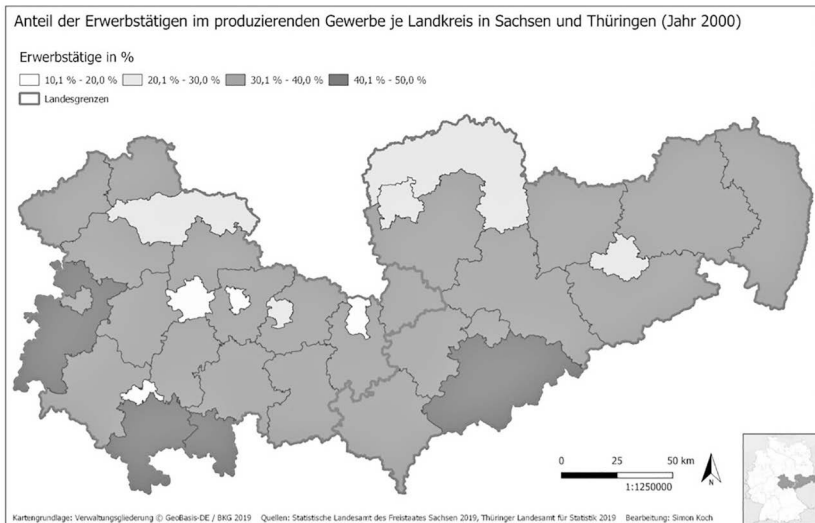
1. Den *Rückbau der Industrie* operationalisieren wir durch Daten zum produzierenden Gewerbe: Wo das produzierende Gewerbe nachweislich geringer wird, kann man vom »Rückbau« der Industrie sprechen, zumindest aus Sicht der Arbeitnehmer_innen.
2. Das Thema *demographischer Wandel* umfasst nicht nur das Durchschnittsalter, sondern auch den Wanderungssaldo, denn laut einer jüngeren Studie von Zeit Online ist »die AfD [...] dort stark, wo viele Menschen gingen« (Bangel u.a., 2019). Hier untersuchen wir deshalb »Überalterung«, das heißt einen überdurchschnittlichen Anteil an Rentner_innen an der Gesamtbevölkerung, sowie die Schrumpfung von Ortschaften.
3. Letztlich kann die *Änderung im sozialen Status* an der relativen Armut oder dem Wohlstand, der Lohn- und Einkommensteuer sowie dem Bildungsgrad festgemacht werden.

2.6 Rückbau der Industrie

In beiden Bundesländern stellt das produzierende Gewerbe einen bedeutsamen Wirtschaftssektor dar.³ Im Jahr 2000 – dem ersten Jahr, für das Daten für beide Bundesländer vorliegen – betrug der Anteil der im produzierenden Gewerbe beschäftigten Erwerbstätigen in der großen Mehrheit der Landkreise zwischen 30 und 40 % (vgl. Abb. 5). Im Jahr 2017 war dieses Bild weitgehend unverändert (vgl. Abb. 6). In beiden Karten zeigt ein dunklerer Ton eine Zunahme an Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe (Anteil an der Gesamtwirtschaft) in 10-Prozent-Schritten. Im Bereich der wenigen hellen Flecken beträgt der Anteil zwischen 10,1 und 20 %, in dem der dunkelsten Flächen zwischen 40,1 und 50 %. Der Bundesdurchschnitt war im Vergleich wesentlich geringer, nämlich im Jahr 2018 16,4 %. Es kann also anhand der Abbildungen 5 und 6 klar festgestellt werden, dass der Anteil an Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe in Thüringen und Sachsen wesentlich höher ist – im Mittel doppelt so hoch – als im Bundesdurchschnitt.

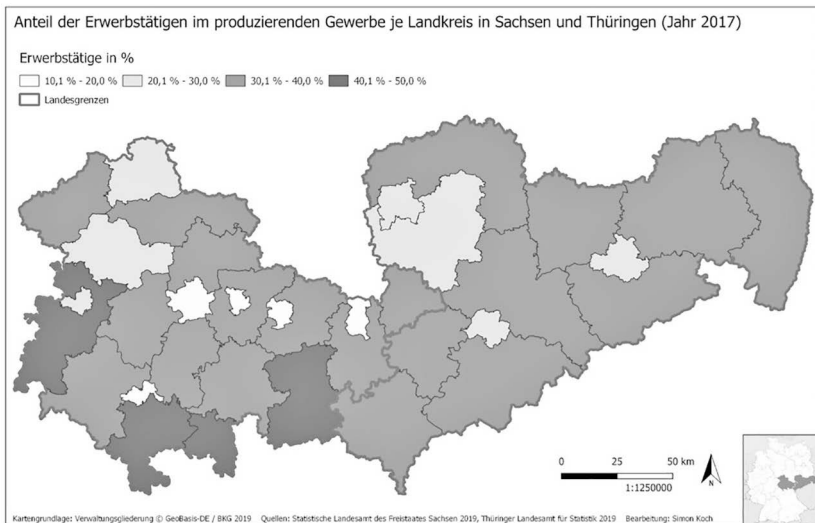
3 Beispielsweise https://www.statistik.sachsen.de/download/050_W-Ind-Bau/Industriekarte_Sachsen_2016.pdf.

Abbildung 5: Anteile der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe je Landkreis in Sachsen und Thüringen im Jahr 2000



Quelle: eigene Darstellung

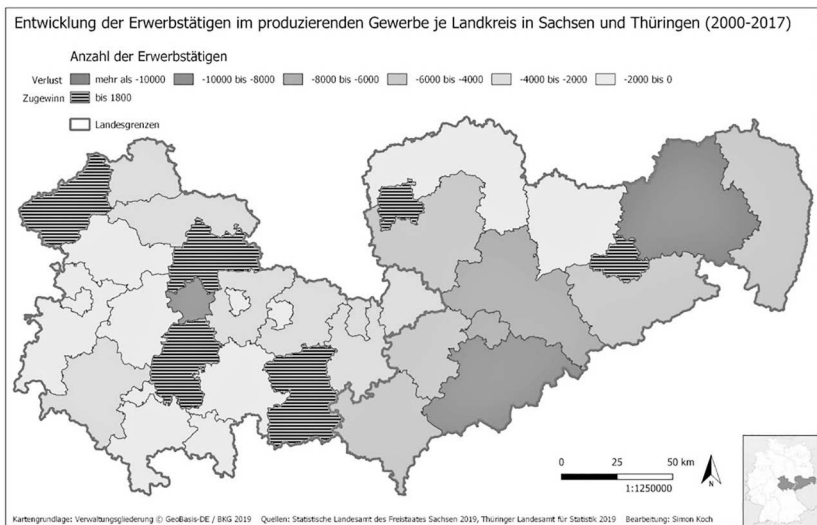
Abbildung 6: Anteile der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe je Landkreis in Sachsen und Thüringen im Jahr 2017



Quelle: eigene Darstellung

Lediglich die Entwicklung der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe (vgl. Abb. 7) scheint mit der Zunahme der AfD-Stimmenanteile grob übereinzustimmen. Abbildung 7 zeigt die Entwicklung (Zu- und/oder Abnahme) an Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe auf Landkreisebene in 2000-Stellen-Stufen von Dunkelgrau (Abnahme von mehr als 10.000 Erwerbstätigen) zu Hellgrau (Abnahme von weniger als 2.000 Erwerbstätigen). Eine Zunahme von bis zu 1.800 Erwerbstätigen ist mit Streifen gekennzeichnet.

Abbildung 7: Entwicklung der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe je Landkreis in Sachsen und Thüringen zwischen 2000 und 2017



Quelle: eigene Darstellung

In Sachsen zeichnete sich ein leichter Zugewinn von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe lediglich in den Großstädten Leipzig und Dresden ab. Dem gegenüber steht der Landkreis Bautzen mit einer Abnahme von mehr als 10.000 Stellen in diesem Zeitraum. Die Abnahme der Stellen im produzierenden Gewerbe ist in Sachsen vergleichsweise höher als in Thüringen, wobei Erfurt eine Ausnahme darstellt. Resümierend kann gesagt werden, dass das produzierende Gewerbe in beiden Bundesländern im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte ein überdurchschnittlich wichtiger Wirtschaftssektor im Vergleich zum gesamten wirtschaftlichen Geschehen geblieben ist, während die signifikante Abnahme an Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe beim Gleichbleiben des Anteils an Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe (wie es zum Beispiel für den Landkreis Bautzen der Fall ist) auf einen allgemeinen wirtschaftlichen Rückgang hindeutet. Die Daten des Statistischen Landesamts des Freistaates Sachsen zu

Erwerbstätigen im Landkreis Bautzen bestätigen diese Hypothese. In dem Zeitraum zeichnet sich eine Abnahme von rund 5.800 Erwerbstätigen im Landkreis Bautzen ab (eine Änderung von ca. -3,8 %), wobei dieser differenziert zwischen Arbeitnehmer_innen und Selbstständigen aufgeteilt ist, mit einer Abnahme von Angestellten in der Zeit von knapp 7.000 Erwerbstätigen (-5 %) und einer leichten Zunahme bei Selbstständigen (+1.100 Erwerbstätigen, +7,6 %).⁴ Diese Daten zeigen exemplarisch den Wechsel von primären und sekundären Sektoren (Urproduktion und Industrie), die traditionellerweise in größeren Betrieben mit vielen Angestellten organisiert sind, hin zu einer Liberalisierung des Arbeitsmarkts⁵ im Übergang zum tertiären Sektor (Dienstleistungen und wissensbasierte Ökonomie).

Laut der Thesen Gests müssten genau diese Orte – diejenigen, die in Abbildung 7 mit den dunklen Tönen gekennzeichnet sind – auch einen signifikanten Anteil an AfD-Zweitstimmen aufweisen. Eine nähere Betrachtung der ausgesuchten Gemeinden ergibt ein differenzierteres Bild im Hinblick auf die Signifikanz des sog. Rückgangs der Industrie (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Vergleich der fünf ausgewählten Gemeinden hinsichtlich der Indikatoren des Rückbaus der Industrie

	Heiligenstadt (TH)	Altenburg (TH)	Gera (TH)	Plauen (SN)	Bautzen (SN)
Bundestagswahl 2017, Zweitstimmen AfD in %	18,4 %	27,7 %	28,5 %	27,9 %	32,3 %
Erwerbstätige auf Gemeindeebene (absolut)	18.000	12.100	7.900	25.100	141.300
Erwerbstätige auf Gemeindeebene (in %)	47 %	40 %	52 %	47 %	46 %
Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe im Landeskreis 2017 (absolut)	18.000	12.100	7.900	25.100	31.400
Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe im Landeskreis 2017 (in %)	38 %	34 %	16 %	23 %	22 %

4 Alle Daten stammen aus den Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Regionale Gesamtrechnungen), <https://www.statistik.sachsen.de/html/541.htm>, Zugriff am 22.5.2019.

5 Hiermit ist die Zunahme an Selbstständigen und Freiberufler_innen gegenüber traditionellen Anstellungen gemeint.

Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe auf Gemeindeebene im Jahr 2000 (absolut)	1.574	1.410	2.503	5.390	2.500
Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe auf Gemeindeebene im Jahr 2017 (absolut)	2.905	1.409	3.511	3.299	2.366
Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe auf Gemeindeebene, Änderung 2000-2017 (absolut)	1.331	-1	1.008	-2.091	-134
Beschäftigte im Bergbau und verarbeitendem Gewerbe auf Gemeindeebene, Änderung 2000-2017 (in %)	85 %	0 %	40 %	-39 %	-5 %

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 1 zeigt, dass weder der Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe auf Landkreisebene und Gemeindeebene, noch die Änderung der Anzahl von Beschäftigten in diesem Sektor auf Gemeindeebene eine Erklärung für die gravierenden Unterschiede im Wahlverhalten bieten.

2.7 Demographischer Wandel

Die neuen Bundesländer sind allesamt von einem erheblichen demografischen Wandel betroffen (vgl. zum Beispiel Milbert, 2015), der Abwanderung, Überalterung der Bevölkerung sowie niedrige Geburtenraten umfasst. Während es eine Übereinstimmung in den räumlichen Schwerpunkten dieses Wandels und der Höhe des Anteils an AfD-Zweitstimmen zu geben scheint, bietet eine nähere Betrachtung der fünf ausgewählten Gemeinden wiederum einen nuancierteren Blick (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Vergleich der fünf ausgewählten Gemeinden hinsichtlich der Indikatoren für demographischen Wandel

	Heiligenstadt (TH)	Altenburg (TH)	Gera (TH)	Plauen (SN)	Bautzen (SN)
Bundestagswahl 2017, Zweitstimmen AfD in %	18,4 %	27,7 %	28,5 %	27,9 %	32,3 %
Einwohner der Gemeinde im Jahr 2017 (absolut)	16.976	32.374	94.580	65.148	39.429
Lebendgeborenen im Jahr 2017 (absolut)	192	249	805	561	371
Lebendgeborenen im Jahr 2017, je 1000 Einwohner	11,3	7,7	8,5	8,6	9,3
Durchschnittsalter im Jahr 2017	45,7	50	48,02	47,8	47,3
Anteil der Bevölkerung 65 Jahre alt und mehr im Jahr 2017 (in %)	24 %	32 %	29 %	28 %	27 %
Wanderungssaldo 2000-2017 (absolut)	738	-4.688	-6.923	2.126	-1.926
Wanderungssaldo 2000-2017 (in %)	4 %	-17 %	-8 %	3 %	-5 %

Quelle: eigene Darstellung

Wieder zeigt sich keine Korrelation – in manchen Fällen sogar eine gegensätzliche Korrelation – zwischen Rechtspopulismus und demografischem Wandel in den genannten Beispielen.

2.8 Änderung im sozialen Status

Als drittes und letztes Merkmal werden in Orten mit zunehmendem Rechtsruck die Änderungen im sozialen Status (hier operationalisiert durch Schulabschlüsse, Religionszugehörigkeit, Beamte_innen, Lohn- und Einkommenssteuer und Ärzt_innen) genannt. Ein jüngster Bericht der Friedrich-Ebert-Stiftung hat genau diesen Bogen zwischen jenen Orten, die keine oder nur wenig Teilhabe am aktuellen Wohlstand Deutschlands haben, und dem Rechtspopulismus geschlagen (vgl. Fink, Hennicke & Tiemann, 2019).

Tabelle 3: Vergleich der fünf ausgewählten Gemeinden hinsichtlich der Indikatoren zur Änderung im sozialen Status

	Heiligenstadt (TH)	Altenburg (TH)	Gera (TH)	Plauen (SN)	Bautzen (SN)
Bundestagswahl 2017, Zweitstimmen AfD (in %)	18,4 %	27,7 %	28,5 %	27,9 %	32,3 %
Hauptschulabschlüsse auf Landkreisebene im Jahr 2015 (in %)	26 %	34 %	23 %	22 %	21 %
Realschulabschlüsse auf Landkreisebene im Jahr 2015 (in %)	45 %	44 %	39 %	45 %	41 %
Hochschulreife auf Landkreisebene im Jahr 2015 (in %)	14 %	12 %	21 %	16 %	18 %
Evangelische Religionszugehörigkeit in der Gemeinde im Jahr 2017 (in %)	8 %	13 %	10 %	19 %	22 %
Katholische Religionszugehörigkeit in der Gemeinde im Jahr 2017 (in %)	63 %	3 %	3 %	5 %	8 %
Konfessionslose in der Gemeinde im Jahr 2017 (in %)	22 %	88 %	85 %	73 %	69 %
Kommunale Beamte auf Gemeindeebene im Jahr 2017 (absolut)	5	60	150	5	25

Lohn- und Einkommenssteuer im Jahr 2014 auf Gemeindeebene (Gesamtbetrag der Einkünfte)	264,987 Mio €	355,718 Mio €	1.201,276 Mio €	777,124 Mio €	493,121 Mio €
Lohn- und Einkommenssteuer im Jahr 2014 auf Gemeindeebene (je Einwohner_in)	15.609,51 €	10.987,77 €	12.701,16 €	11.928,59 €	12.506,56 €
Ärzt_innen im Landkreis im Jahr 2017 (absolut)	130	90	150	325	439
Ärzt_innen im Landkreis im Jahr 2017 (je 1000 Einwohner_innen)	1,29	1,00	1,59	1,40	1,44

Quelle: eigene Darstellung

Auch hier zeigt sich keine Korrelation – in manchen Fällen gar eine gegensätzliche Korrelation – zwischen Rechtspopulismus und der Änderung im sozialen Status in den genannten Beispielen. Die Orte, die in dieser Auswahl die AfD mit Direktmandat gewählt haben, hatten einen überdurchschnittlichen Anteil an Wähler_innen mit Hochschulreife und waren beispielsweise besser mit Ärzt_innen versorgt als andere Wahlkreise in der Auswahl.

2.9 Zusammenfassung der quantitativen Analyse

Zusammenfassend kann keiner von Gest's Indikatoren als Erklärungsmodell für die signifikanten Unterschiede bei den AfD-Zweitstimmenanteilen in Thüringen und Sachsen dienen. Soziodemographische Korrelationen – die klar zeigen, dass die östlichen Bundesländer sich weiterhin in vielerlei Hinsicht von westlichen Bundesländern unterscheiden, insbesondere in Bezug auf die Armutsverteilung, die Alterung der Bevölkerung und die Schrumpfung der Gemeinden – zeigen eben nicht auf, warum es in einzelnen Regionen zu dramatischen Unterschieden in den Wahlergebnissen kommt. Bergmann, Niemeyer und Nihues argumentieren:

»[E]s sind weniger die aus dem unmittelbaren eigenen Erleben stammenden Fakten, die Menschen zur Wahl der AfD motivieren, sondern mehr allgemeine mittelbare Wahrnehmungen ganz so, wie der AfD Spitzenkandidat für die Berliner Abgeordnetenhauswahl im September 2016, Georg Pazderski, es in einer TV Debatte damals formulierte: ›Es geht nicht nur um die reine Statistik, sondern es geht darum, wie das der Bürger empfindet. Perception is reality.« (Bergmann u.a., 2017)

Es gilt nun also, der subjektiven Wahrnehmung der genannten Merkmale nachzugehen.

3. Merkmale für Resistenz gegen Toxizität

Im Rahmen des BMBF-geförderten Forschungsprojekts »Fremde im eigenen Land? Eine Studie über die Veränderbarkeit von nationalen Narrativen mithilfe Politischer Laboratorien« haben drei der Autorinnen (Homeyer, Leser & Pates) in Sachsen und Thüringen (sowie Schleswig-Holstein und Berlin) im Laufe des Jahres 2018 etwa 150 qualitative Gruppeninterviews geführt. Parallel dazu haben wir öffentliche Gesprächswerkstätten im ländlichen Raum organisiert sowie im Zuge des Landtags- und Europawahlkampfs im Frühjahr 2019 verschiedenen parteipolitischen Veranstaltungen beigewohnt, insbesondere von den *Blauen* und der AfD (vgl. Pates & Leser, i.E.). Im Zuge dieser Gespräche und Beobachtungen haben wir eine Bandbreite von Thesen zu den Entwicklungen der hier besprochenen Regionen aufstellen können, die wir im Folgenden vorstellen.

Bei unseren Interviews ging es neben den Vorstellungen über die Nation auch um die lokalen Perspektiven der Befragten: Welche Probleme sehen sie vor Ort? Sind Migrant_innen Teil der Zivilgesellschaft oder können sie es werden? Kann ein_e Ausländer_in Deutsche_r werden? Wir haben im Rahmen von Gruppeninterviews mit Männergruppen und Landfrauen, Schützen-, Stadtteil- und Heimatvereinen, politischen Gruppierungen und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen gesprochen und gefragt, welche Probleme und Herausforderungen es auf der lokalen Ebene gibt, welche Veränderungen ihnen in letzter Zeit besonders aufgefallen seien und wie die Befragten diese Entwicklungen bewerten. Auch in drei der fünf ausgewählten Gemeinden – in Altenburg, Gera und Heilbad Heiligenstadt (im Eichsfeld) – konnten wir über diese Fragen sprechen. Diese Interviews werden mit einer *Grounded-Theory*-Methode ausgewertet: Uns interessiert in erster Linie, welche Ausschlussmechanismen bei Appellen an die Nation aus welchem Grunde aktiviert werden (vgl. Pates & Futh, 2018).

In den drei thüringischen Gemeinden wurden von unterschiedlichen Gesprächspartnern übereinstimmend Probleme angesprochen, die das Leben in der Region in der Nachwendezeit geprägt haben und weiterhin prägen. Insbesondere die sozioökonomische Situation und der damit einhergehende Verlust an sozialem Status wurde als ein bedeutendes Problem identifiziert. In Altenburg, so erzählt es David Schulze_, gebe es eine »relativ schwierige Lebensrealität«. Grund sei die »marode Lohn- und Gehaltssituation« in der Region, aber auch der »Ausbau des ÖPNV ist zum Teil unterirdisch«; es gebe »kein Sozialzentrum, wo sich junge Leute mal treffen können« und die »Zeiten, wo der Markt voller Kneipen war, die ist auch nicht mehr da«. Stattdessen beklage man »Abriss« und »Leer-

stand«, so Kurt Thiel_. Von ähnlichen Problemen wird uns auch in Gera berichtet. Thorsten Große_ bemerkt, dass es »immer noch zu wenig Arbeitsplätze« in Gera gibt. Er problematisierte aber auch die Außensicht auf Gera, bei der oft negative Zuschreibungen wie »In Gera ist nichts los« oder »In Gera ist der Hund begraben« zutage kommen. Hermann Peters_ aus Heilbad Heiligenstadt hingegen stellt für seine Region fest, dass das Eichsfeld oft von der thüringischen Landespolitik vergessen werde und er deshalb dafür kämpfe, »dass wir mit dazugehören und nicht vergessen werden«.

Viele der oben beschriebenen Entwicklungen haben ihren Ursprung in der Wendezeit. So berichtet Werner Müller_, der in Gera wohnt, dass in seiner Stadt nach der Wende »viel weggebrochen« sei. Die Industriestadt Gera, mit »starke[m] Bergbau, Maschinenbau, Textilindustrie«, gebe es so nicht mehr. Eine ähnliche Entwicklung beschreibt auch Kurt Thiel_ für seine Stadt. Nach der Wende sei die Situation in Altenburg schwierig gewesen, denn »es brach ja fast alles zusammen«. Gisela Muth_ ergänzt, dass »das Produzierende, [...] die Industrie, die vorher da war«, in Altenburg nun fehle. Eine Deindustrialisierung, wie sie in Gera und Altenburg nach 1989 stattgefunden hatte, fand ebenso in Heilbad Heiligenstadt statt. Großindustrie, wie es sie vor der Wende gab, gibt es nicht mehr. Stattdessen sei die Stadt laut Hermann Peters_ »nur noch stark im handwerklichen Bereich«.

Der Wegfall großer Industriebetriebe und die damit einhergehende steigende Arbeitslosigkeit hat zur Folge, dass immer mehr Menschen die Gegend in Richtung der alten Bundesländer verlassen. Laut Kurt Thiel, der sich in einem Kulturverein engagiert, ist die Stadt Altenburg »wesentlich kleiner geworden, also einwohnermäßig«; er sprach von 20.000 Personen, die Altenburg im Laufe der Zeit verlassen hätten. Und auch jetzt gebe es noch eine »enorme Abwanderung der Jugend« und Altenburg drohe, »perspektivisch einer der ältesten Landkreise« zu werden.

Die Abwanderung in die alten Bundesländer beschäftigt auch viele Menschen in der ehemaligen Großstadt Gera. So wird von Annika Eisenberg_ geschildert, dass es nach der Wende eine Generation gibt, die »keine Arbeit hier gefunden hat und weg ist«. Zudem sieht sich Gera auch weiterhin mit einer Abwanderung von vor allem jungen Menschen konfrontiert. Thorsten Große bemerkt dazu, dass die Einwohner_innenzahl »unter die 100.000-Grenze gefallen« sei, und er empfindet diese Entwicklung als »problematisch«. Daraufhin erzählt Jürgen Müller_ von seinem Sohn, der keine Arbeit in Gera fand und deshalb nach Baden-Württemberg gezogen sei. Es wäre wie »ein Riss in der Familie«. Julia Koch_ fügte hinzu, dass mit der Abwanderung der jungen Menschen aus Gera ein weiteres Problem einhergegangen sei, nämlich ein »enormer Brain-Drain«. Und »wer erstmal weggegangen ist, kommt nicht zurück oder wer zurückkommt, macht es sich im Privaten gemütlich«.

Wie aus Gera und Altenburg seien auch aus Heilbad Heiligenstadt viele Personen abgewandert und das sei ja auch »logisch«, so Hermann Peters, denn »wenn man studiert, muss man weg und dann bleibt man auch woanders«. »Aber«, ergänzte er, »es kommen [...] auch viele irgendwann wieder zurück, weil sie doch sehr an der Heimat hängen«. In dieser Aussage kommt bereits ein wichtiger Aspekt zutage: die Verbundenheit der Bewohner_innen mit der Stadt Heilbad Heiligenstadt und der Region Eichsfeld. Henning Schein_ beschreibt die Eichsfelder_innen als »stolze Menschen«, die »stolz auf ihre Heimat« seien.

Das Eichsfeld unterscheidet sich von anderen Regionen Thüringens und den anderen ostdeutschen Bundesländern durch den hohen Anteil an Katholik_innen. Im Eichsfeld sind knapp 70 % der Bewohner_innen katholisch, in Thüringen insgesamt sind es 8 %, in Sachsen nur 4 %⁶. In den Interviews wurde von mehreren Gesprächspartner_innen darauf hingewiesen, dass der katholische Glaube häufig zu einer Isolation der Region Eichsfeld geführt habe. Hermann Peters weist uns darauf hin, dass »die ganze Zeit [...] von außen Druck gewesen« sei. Beginnend unter dem »preußische[n] Staat mit seinen evangelischen Beamten«, später dann unter der »Nazi-Herrschaft« und im »Sozialismus«. Auch Andreas Körner_, ein engagierter Bürger der Stadt, sieht einen Zusammenhang zwischen dem Zusammenhalt in der Region und der Unterdrückung des Eichsfelds durch die SED: »Also hat die DDR mit dem, was sie da getan hat, vielleicht genau das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollten. Also man hat zusammengestanden. War in der DDR ohnehin anders, weil man einander brauchte.« Die Repression, die die Eichsfelder_innen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit erdulden mussten, wird als narrative Erklärung dafür herangezogen, dass die Eichsfelder_innen auch heute noch zusammenhalten. Zudem ist Hermann Peters der Überzeugung, dass die Religiosität, die »christliche Prägung«, sich »im Verhalten [...] niederschlägt«. Denn wenn man »einmal in der Woche im Gottesdienst über Probleme des Lebens« nachdenke und darüber, »wie man sich verhalten soll«, dann, so Peters, »muss das auch Auswirkungen auf den Alltag haben«.

Der Zusammenhalt und die positive Identifikation mit der Heimat, wie sie in den Gesprächen in Heilbad Heiligenstadt zum Ausdruck kamen, finden sich in Gera und Altenburg nicht. Ein junger Mann aus Altenburg, Julian Meyer_, nennt neben der unzureichenden Infrastruktur und der Abwanderung von jungen Menschen auch den »fehlenden Zusammenhalt« als eines der größten Probleme der Stadt. Ein Blick nach Gera zeigt, dass auch hier ein Zusammengehörigkeitsgefühl und die positive Identifikation mit dem Ort fehlen. Katharina Böhme_ beklagt einen fehlenden »Lokalpatriotismus« und forderte sogar, dass »man sich mehr besinnt, was eigentlich für gute Sachen« in Gera passieren. Und Thorsten Große

6 So der Zensus von 2011, <https://ogy.de/zwof>, Zugriff am 10.10.2019.

sieht in der fehlenden positiven Identifikation mit Gera »das größte Problem« und kritisiert, dass »die eigenen Einwohner in Gera das so schlecht reden«.

Die drei Städte – Gera, Altenburg und Heilbad Heiligenstadt – ähneln sich in struktureller Hinsicht in ihrer Entwicklung seit 1989, unterscheiden sich jedoch in ihrem AfD-Wahlverhalten. Die AfD erzielte hohe Wahlerfolge in Gera und Altenburg, die in Heilbad Heiligenstadt jedoch ausblieben. Die Gründe für die Attraktivität nationalistischer Parteien ergeben sich daher nicht allein aus strukturellen Gegebenheiten und Entwicklungen. Die strukturelle Toxizität eines Ortes oder einer Region führt nicht automatisch dazu, dass sich die Bewohner_innen dieser Orte nationalistischen Parteien zuwenden. Identitätsstiftende Narrative, zum Beispiel über eine geteilte Religiosität wie im Eichsfeld, beeinflussen letztendlich nicht nur die Wahrnehmung der Region, in der man lebt, sondern prägen den Blick in die gemeinsame Vergangenheit und die Zukunft – einer unserer Interviewpartner, Michael Schmitt_, beschreibt dieses identitätsnarrative Gefüge als »Tradition« der Eichsfelder_innen, das ihren Alltag durchzieht und sich darüber hinaus im Wahlverhalten niederschlagen würde – er erklärt:

»Wir haben bei Hitler nicht Hitler gewählt, sondern die katholische Zentrumspar-
tei, wir haben nach dem Krieg 1946 die CDU gewählt und haben sie nach 1990 auch
gewählt. Nicht, weil Frau Merkel oder Herr Kohl so toll waren, sondern weil das
eben in unserer Tradition begründet liegt.«

4. Die AfD und die »Demokratieunzufriedenen«

In aktuell erscheinenden Studien der Einstellungsforschung werden häufig Korrelationen zwischen der Tendenz der Bürger_innen, die AfD zu wählen, und einer fortschreitenden »Demokratieunzufriedenheit« in der Bevölkerung hergestellt. Mehr als ein Drittel der Befragten, so zeigt die sogenannte Mittteststudie der Friedrich-Ebert-Stiftung, fühle sich von der Politik nicht vertreten und nehme sich als politisch machtlos wahr (vgl. Zick u.a., 2019). Aus der Leipziger Autoritarismusstudie geht wiederum hervor, dass die Hälfte der Befragten mit der »tatsächlichen Praxis der Demokratie« (Decker & Brähler, 2018, S. 7) unzufrieden seien. Die Studien sind sich einig, dass der zunehmende Populismus eine Gefahr für die Demokratie darstelle, und spiegeln damit den Tenor aktuell erscheinender politikwissenschaftlicher Analysen wider, die Titel tragen wie *Demokratie im Sinkflug* (Höhler, 2017), *Der Zerfall der Demokratie* (Mounk, 2018) oder *Wie Demokratien sterben* (Levitsky & Ziblatt, 2018). Ein direkter Zusammenhang zwischen einer Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis und dem Wahlverhalten der Bevölkerung konnte allerdings nicht nachgewiesen werden. Die Ursachen für

Unzufriedenheit mit und Misstrauen gegenüber der Demokratie sind durchaus komplex und regional verankert, wie wir zeigen können.

Im Zuge unseres Forschungsprojektes »Fremde im eigenen Land?« führten wir neben den schon genannten Interviews auch Diskussionsveranstaltungen in verschiedenen Städten Sachsens durch, in denen es um lokale demokratische Aktivitäten und Hindernisse politischen Engagements ging. In einer unserer Veranstaltungen im Mai 2019 in Aue-Bad Schlema im sächsischen Erzgebirge nahmen unter anderem die Mitglieder eines Vereins teil, der sich der demokratiefördernden Jugendarbeit in der Region widmet, sowie eine kleine Gruppe von Abiturient_innen aus Aue, die sich aktiv in die Diskussion einbrachten. Im Zuge der Diskussion darüber, welche Möglichkeiten der Partizipation an und der Gestaltung von politischen Prozessen im Erzgebirge bestehen, wurden verschiedene Hindernisse sichtbar gemacht und kritisch beleuchtet. Der Erzgebirgskreis in seiner heutigen Form existiert seit der Sächsischen Kreisreform im Jahr 2008: Zusammengelegt wurden damals die ehemaligen Landkreise Annaberg, Aue-Schwarzenberg, Stollberg und der Mittlere Erzgebirgskreis. Regiert wird die Region wie das Bundesland seit der Wende von einer Partei, der CDU – ohne dass es bisher einen Regierungswechsel gegeben hat. Der Kreistag des Erzgebirgskreises setzt sich aus 99 Abgeordneten (davon elf Frauen) mit einem Durchschnittsalter von 69 Jahren zusammen. Wie auch andere Regionen in Sachsen und Thüringen zeichnet sich der Erzgebirgskreis durch die Abwanderung der jungen Zivilgesellschaft und ein hohes Durchschnittsalter der Bevölkerung aus. Nach der Wende gingen zahlreiche Arbeitsplätze in der Industrie verloren; zu den größten Arbeitgebern des Kreises zählen heute das Landratsamt, die Diakonie, die Sparkasse und das Krankenhaus in Aue. Im Zukunftsatlas 2016 wurde das Erzgebirge als Landkreis mit »hohen Zukunftsrisiken« verzeichnet.

Während der Diskussion in Aue im Mai 2019 meldete sich eine_r der Abiturient_innen zu Wort und sagte: »Ich würde jetzt mal einfach die These aufstellen, dass im Erzgebirge die Unterstützung von Jugendlichen, die politisch aktiv sind, etwas zurückhaltender ist. Sehen Sie das auch so?« Ein Mitglied des Demokratievereins sagte daraufhin: »Das kann ich so unterschreiben.« Das Publikum lachte. Der bzw. die Abiturient_in fragte: »Was sind die Gründe, dass die Leute hier so wenig aktiv sind, egal in welcher politischen Richtung?« Ein weiteres Vereinsmitglied antwortete: »Spontan würde mir als Grund das Durchschnittsalter der Menschen im Kreistag einfallen – da sind junge Leute einfach stark unterrepräsentiert.«

Ein_e Abiturient_in meldete sich daraufhin mit einer Frage:

»Uns ist es auch aufgefallen bei unserer Schülerratsarbeit, wir waren zu einem Kongresswochenende in Dresden und haben uns mit Schülerräten in ganz Sachsen darüber ausgetauscht, was so Sache ist und was überhaupt alles möglich ist.

Und es ist ziemlich traurig, dass wir erst dort von einem Kreisschülerrat erfahren haben. Und das Problem im Erzgebirgskreis ist, dass einfach die Fläche des Kreises sehr groß ist und dass das Problem besteht, einen zentralen Ort zu finden, wo man sich auch regelmäßig mit den anderen Schülerräten treffen kann. Und ich sag mal, der Nahverkehr im Erzgebirgskreis lässt ja auch zu wünschen übrig. Wäre es nicht eine Möglichkeit, den Erzgebirgskreis nochmals zu untergliedern und die Strukturen zu vereinzeln, dass man mehr Möglichkeiten schafft, sich zu treffen und auch auszutauschen? Der Kreisschülerrat trifft sich zum Beispiel in Annaberg; das ist auch nicht der nächste Weg von hier aus.«

Der bzw. die Schüler_in ist wie seine bzw. ihre Kommiliton_innen politisch engagiert, sieht sich jedoch mit enormen Hürden konfrontiert, die seine bzw. ihre Arbeit erschweren. Seit der Kreisreform im Jahr 2008 und der Zusammenlegung von vier einzelnen Landkreisen zu einem ist der Erzgebirgskreis einer der größten und einwohner_innenreichsten Landkreise Sachsens. Felix Rösel, der am Ifo-Institut in Dresden zu den Kreisreformen in Sachsen forscht, hat diesbezüglich festgestellt, dass die Zusammenlegung und Vergrößerung der Landkreise in Ostdeutschland maßgeblich zu einer Schwächung der demokratischen Partizipation in diesen Regionen beigetragen hat:

»Die jüngste Fusion der sächsischen Stadt Aue (ca. 16.000 Einwohner) mit der Nachbargemeinde Bad Schlema (ca. 5.000 Einwohner) zur Stadt Aue-Bad Schlema am 1. Januar 2019 illustriert dies sehr anschaulich. Die beiden Gemeinden hatten aufgrund ihrer jeweiligen Einwohnerzahl 22 bzw. 18 Stadt- und Gemeinderäte, also 40 Kommunalpolitiker insgesamt. Die fusionierte Stadt hat 21.000 Einwohner, wodurch laut Sächsischer Gemeindeordnung im Mai 2019 insgesamt 26 Stadtratsmitglieder zu wählen sind. Die Zahl der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker sinkt also von vormals 40 auf nunmehr 26 – also um rund ein Drittel.« (Rösel, 2019, S. 21)

In ganz Sachsen, so zeigt Rösel, sind mittlerweile aus 1.600 Gemeinden 419 geworden und aus 48 Landkreisen zehn. Im Zuge dessen ist die Zahl der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker_innen erheblich zurückgegangen, während die Verwaltungskosten annähernd auf dem gleichen Niveau geblieben sind (vgl. Rösel, 2019, S. 21). Nach den Kreisreformen wurde außerdem ein steter Rückgang der Wahlbeteiligung beobachtet (vgl. Blesse & Rösel, 2017). Es ist allerdings nicht nur die enorme Reduzierung der Anzahl an Kommunalpolitiker_innen, die dazu führt, dass Demokratie weniger erfahrbar wird, sondern auch die Vergrößerung der Fläche einer politischen Einheit im Zusammenhang mit dem Abbau des öffentlichen Nahverkehrs aufgrund des allgemeinen Bevölkerungsrückgangs, wie der bzw. die Abiturient_in in unserer Diskussionsveranstaltung verdeutlichte: Daran, an der demokratischen Schüler_innenratsarbeit in ihrem Kreis mitwirken

zu können, werden er bzw. sie und seine bzw. ihre Kommiliton_innen durch eine Distanz von etwa 30 Kilometern gehindert, die sie zurücklegen müssten, um von Aue nach Annaberg-Buchholz zu kommen – ohne Auto und mit eingeschränkten Nahverkehrsoptionen ist dies nur schwer zu bewältigen.

Die Abiturient_innen, die in Aue an der Diskussionsveranstaltung teilnahmen, waren zwar selbst politisch aktiv – oder versuchten zumindest, das Beste aus der Situation zu machen –, sie brachten allerdings auch ihr Verständnis für diejenigen »jungen Leute« zum Ausdruck, die sich von »der Politik« abwenden, sich nicht engagieren oder gar nicht wählen gehen würden. Sie verdeutlichten nicht nur die Hindernisse ihrer politischen Arbeit, sondern benannten auch die fehlenden Angebote für junge Menschen, sich zu treffen und zu diskutieren – und zwar jenseits der Kirche, die im Erzgebirge eine zentrale Rolle spielt. Auch in ihrem Kreistag, der sich überwiegend aus alten Männern zusammensetzt, sehen sie nicht repräsentiert.

Die Auseinandersetzung mit solchen Problemen findet nicht nur im Erzgebirge, sondern in vielen, vor allem ländlichen Regionen in Sachsen statt. In unterschiedlichen Ausprägungen spielen die lokalen Strukturen eine zentrale Rolle, darunter vorrangig die Auswirkungen der Kreisreformen, der Rückzug des Staates in Form von Polizei und Rettungskräften sowie der Rückbau der öffentlichen Infrastruktur, unter anderem des Nahverkehrs – deren Konsequenzen sofort für diejenigen spürbar werden, die kein Auto fahren können oder wollen, zum Beispiel Schüler_innen und Senior_innen. Wie aus der Forschung hervorgeht, können diese Strukturen »mit negativen Konsequenzen für Demokratie und politische Partizipation einhergehen«, die sich im Wahlverhalten widerspiegeln können (vgl. Blesse & Rösel, 2017).

Im Wahlkampf um die anstehenden Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen 2019 in Ostdeutschland fällt die AfD dadurch auf, dass sie als einzige Partei für mehr direkte Demokratie wirbt und sich insbesondere als »Kümmererpartei« für den ländlichen Raum inszeniert. Es sind dabei genau die strukturellen und lokalen, toxischen Faktoren des Erzgebirgskreises beispielsweise, die die AfD zu einer maßgeblichen Unzufriedenheit »des Volkes« stilisiert und verstärkt.

Auf Wähler_innenfang gehen die Kreisverbände der AfD Sachsens vor allem in den ländlichen Regionen: In einer Vortragsveranstaltung der AfD in Großpösna im Leipziger Landkreis im März 2019 sprach Jörg Urban, Mitglied des Sächsischen Landtags und Fraktionsvorsitzender der AfD Sachsen, ausführlich vor einem Publikum von etwa 15, vorrangig älteren Männern über das Thema ländlicher Raum:

»Die ländlichen Räume wurden über Jahrzehnte vernachlässigt zugunsten der großen Städte; man hat zugelassen, dass immer mehr Jugendliche wegziehen, weil es dort keine Arbeit mehr gibt. Wir haben hohe Altersdurchschnitte mit einer wachsenden Tendenz. Durch das Wegziehen der Menschen und der Jobs ist auch

die Infrastruktur zurückgegangen. Wo kein Geld ist und keine Kaufkraft ist, machen Gaststätten und Geschäfte zu. Bahn und Bus fahren nicht mehr so oft. Da kann man politisch lange zuschauen, das Ergebnis haben wir jetzt: einen extrem schlechten ÖPNV in Sachsen, wenig junge Leute, kaum Jobs, fehlende Betriebe, kein 5G.«

Urban erklärte seiner interessierten Zuhörer_innenschaft an diesem Abend, dass schnelle Internetverbindungen und Breitbandausbau ein Lösungsansatz wären, um neue Unternehmen wieder anzusiedeln. Er ging in Details, wie das funktionieren könnte und was politisch bisher versäumt wurde. Natürlich müsse die Finanzausstattung der Kommunen erhöht werden. Aber ein entsprechender Antrag der AfD im Landtag, erklärte Urban, sei abgelehnt worden. Außerdem sei die AfD für einen kostenlosen ÖPNV, vor allem für Schüler_innen, Azubis und Senior_innen, »die unser Land zu dem gemacht haben, was es heute ist«. Ansonsten brauche es mehr Polizeistationen im ländlichen Raum:

»In Görlitz und der Lausitz ist das katastrophal, da ist Diebstahl und Kriminalität mittlerweile zur Normalität geworden. Mein Landtagskollege ist selber Streifenpolizist, der kommt aus dem Görlitzer Landkreis, der hat gesagt: »Am Wochenende gibt es Zeiten, wo nachts wirklich nur zwei Streifenwagen für den ganzen Landkreis unterwegs sind«, wo man sich vorstellen kann, was das bedeutet für Einsatzzeiten, also wenn wirklich mal ein Überfall oder ein Einbruch ist und man ruft die Polizei, dann dauert das manchmal eine Dreiviertel Stunde, eh die Streife da ist. Und das hat was damit zu tun, dass die Polizei kaputtgespart ist, gerade in den großen Flächen. Dasselbe Problem gilt übrigens für den Rettungsdienst. Wir wollen auch mehr Geld für freiwillige Feuerwehren, das ist dringend notwendig, die nehmen dem Staat nämlich eine Aufgabe ab und das muss finanziell honoriert werden.«

Mit diesen Themen kommt die AfD bei denen an, die es hören möchten. Ein älterer Herr, etwa 70 Jahre alt, klinkte sich anschließend an Urbans Vortrag in die Diskussion ein und rief:

»Überall, wo Du hingehst, das ist doch alles verrottet! Man muss ja nur mal auf die Straße schauen, wie es da aussieht. Die Bahnhöfe... Das haut doch alles nicht hin. Und die erzählen uns sonst was... Alles ist am Boden! Und die sagen, wir sind ein reiches Land; Deutschland hat die meisten Schulden in Europa! Und die Parteien, die sind ja auch nicht in der Lage, auf die sachlichen Argumente der AfD zu antworten! Die gucken weg! Sieben Millionen Schulden!«

Urban versuchte, dem Redeschwall des Rentners geduldig zuzuhören, und schnitt ihm letztendlich das Wort ab: »Wenn wir das jetzt weiterführen würden mit jedem Einzelnen, dann könnten wir bis morgen früh diskutieren. Das zeigt doch mal auf, wie viel in diesem Land verkehrt läuft!« – »Ja«, tönte es wie aus einem Mund aus dem Publikum zurück und Urban wiederholte, diesmal eindrücklich betonend: »Wie viel in diesem Land verkehrt läuft!« – und der Rentner, etwas stiller: »Ja, genau so ist es«.

Jörg Dornau, Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Leipziger Land, ging später an diesem Vortragsabend auf die »Politikverdrossenheit« der Menschen in Sachsen ein:

»Sind wir doch mal ehrlich: Die Leute, die nicht wählen gehen, warum gehen sie denn nicht wählen? Weil sie seit Jahren eine Politikverdrossenheit spüren. ›Ah, wählste den oder den, es passiert doch eh nichts!‹ Die sind auch ein bisschen politikmüde...«.

Ein_e Rentner_in aus dem Publikum schrie daraufhin empört zurück: »Die meisten sind frustriert!« Dornau ignorierte ihn bzw. sie und redete weiter: »... und haben keine Lust, aufzustehen. Aber wir sind ja angetreten, um ein bisschen neuen Wind reinzubringen. Und es ist wichtig, dass wir die Wähler mobilisieren«.

Die Dynamik an diesem Diskussionsabend ähnelt sämtlichen Wahlkampfveranstaltungen der AfD in den ländlichen Regionen Sachsens, die wir im Rahmen unseres Forschungsprojektes besuchten. Diese Veranstaltungen verdeutlichen nicht nur, wie Populismus als Phänomen funktioniert; hier behaupten charismatische Politiker_innen, dass sie – anstelle der demokratischen Institutionen und Prozesse – den »wahren« Willen des »wahren« Volkes wiedergeben und repräsentieren würden. Sondern es wird darüber hinaus deutlich, wie die AfD die »Unzufriedenheit« und »Frustration« über existierende strukturelle und regionale, toxische Probleme kanalisiert, um potenzielle Wähler_innenschaften zu mobilisieren. Die Kanalisation dieser Leidenschaften kaschiert dabei die politische Debatte um die strukturellen Probleme dieser Regionen und blendet die komplexen Zusammenhänge der politischen Entwicklung seit der Wende aus. Die AfD-Mitglieder geben der Misere in ihren Wahlkampfveranstaltungen stets ein »Gesicht des Schuldigen« – die *anderen* Parteien und die Regierung – und behaupten ihr Alleinstellungsmerkmal als Löser_innen und Erlöser_innen von jeglichen frustrierenden Problemen. Sie buhlen um die »Demokratiemüden« und »Politikverdrossenen«, indem sie den Menschen ein »Mehr« an Einflussnahme und Mitbestimmung in Aussicht zu stellen. Sie fordern mehr direkte Demokratie, mehr Volksbegehren, mehr »Volk und weniger Partei«, wobei sie diejenigen, die mit der aktuellen Praxis der Demokratie unzufrieden seien, nicht abholen, sondern diskursiv und praktisch-inszenierend erst mitproduzieren, indem sie die Leiden-

schaften ihres Publikums betonen, verstärken und zum Fokus ihrer politischen Aktivitäten erheben.

5. Fazit

Zusammenfassend stellen wir fest, dass einerseits allgemeine, regionenübergreifende Thesen über den Rechtsruck im Wahlverhalten die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sowie die Land-Stadt-Unterschiede zum Teil erklären können: Der Rechtsruck hat dabei weniger etwas mit objektiv und quantitativ feststellbaren ökonomischen Änderungen zu tun als mit der Verfestigung eines neuen Klassenbewusstseins einer immobilen, lokal verankerten und doch wenig politisch repräsentierten Klasse, die sich regional ungleich verteilt. In den ländlichen Regionen des Ostens der Republik, die von Abwanderung gekennzeichnet sind, verdichtet sich (durch Abwanderung der transnational tätigen bürgerlichen Milieus und der transnationalen Arbeiter_innenmilieus) ein Milieu von sich abgehängt fühlenden Etablierten. Diese Milieus der lokal gebundenen Eliten werden von rechten Narrativen deswegen besser vertreten, weil diese grundsätzlicher sind als die linken. Sie prangern nicht nur ökonomische Machtverhältnisse an, »sondern das gesamte sozialmoralische und kulturelle Fundament« (Koppetsch, 2019, S. 83). Zwar verliert der Einzelne durch die rechte Gesinnung einige Freiheitsspielräume der Individualisierung, gewinnt aber die »Gewissheit auf Anerkennung« (Koppetsch, 2019, S. 25). Denn der Nationalismus bietet Anerkennungsökonomien aufgrund einer von Geburt aus gegebenen Gruppenzugehörigkeit, was denen, die sich sonst durch die auf persönliche Leistung, Selbstdarstellungstechniken und transnationalisierte Flexibilität beruhende Anerkennung fehlt. Der Nationalismus verspricht also eine Transzendenz des auch als persönliches, schuldhaftes Versagen geframten biographischen Narrativs.

Diese Thesen erlauben also eine Erklärung für die Differenzen zwischen Ost und West, Land und Stadt, aber sie erklären nicht die Unterschiede innerhalb des Ostens. Hier haben wir Justin Gest's Thesen hinzugezogen, nämlich dass Deindustrialisierung, demographischer Wandel und die zunehmende Armut in spezifischen Regionen mit einem Rechtsruck korrelieren. Weil diese aber für den gesamten Osten stimmen, können sie allein wiederum nicht erklären, warum es die graduellen Unterschiede innerhalb des Ostens gibt. Klar geworden ist indes, dass die unterschiedlichen Wahlergebnisse in den Regionen 2017 durch andere Faktoren erklärt werden müssen. Auch identitätspolitische Erklärungen (»alte weiße Männer«, »Verlierer_innen«) greifen nur partiell, auch wenn etwa in Heilbad Heiligenstadt diese kollektiven Affekte das Aufkommen bestimmter politischer Kulturen zu verhindern vermag.

Es wird also klar, wie Giebler und Regel konstatieren:

»Eine typische Person, die die AfD wählt, gibt es nicht – vor allem nicht, wenn ausschließlich soziodemografische und -ökonomische Faktoren betrachtet werden. Es lassen sich zwar sowohl auf der individuellen Ebene als auch bei einer Beschreibung eines günstigen Umfelds bestimmte Merkmale identifizieren, die rechtspopulistischen Erfolg begünstigen oder nicht.« (v. Giebler & Regel, 2017, S. 23)

Anders gesagt: Während die untersuchten sozioökonomischen Faktoren für Thüringen und Sachsen flächendeckend zutreffen, geht es bei AfD-Wähler_innen in diesen Bundesländern vielmehr um die *subjektive* und *relative* Wahrnehmung der Problemlage als um die tatsächlichen sozio-strukturellen Fakten. Eine Analyse rechtspopulistischer Tendenzen ausschließlich anhand demographischer und wirtschaftlicher Daten – obwohl oft politisch und medial gewollt und unterstützt – wird stets das Ziel verfehlen, da sie eine komplexe Lage auf eine leichtfertige Art und Weise vereinfacht. Argumentationen, die von einem vermeintlichen Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen und sektoralen Tieflagen, bewusster relativer Armut und deren statistischer Korrelation mit zunehmendem Rechtspopulismus ausgehen, bekräftigen nur die Aussagen, dass die Politik die Betroffenen nicht versteht und nicht in deren Sinne handelt. Wie der vorliegende Beitrag zeigt, bedarf es neben der quantitativen Analyse eine eingehende qualitative Analyse, um zufriedenstellende Thesen hierzu aufstellen zu können.

Wie auf den AfD-Wahlkampfveranstaltungen deutlich wird, kommen die AfD-Politiker_innen vor allem dort an, wo die Leidenschaften der Wähler_innen mit den affektiven Angeboten der Partei ihren Nachhall finden, das heißt wo Frustration, Enttäuschung und Unzufriedenheit erfolgreich hergestellt und aufgefangen werden können. Auf diesen Veranstaltungen geht es unserer Analyse nach zuvorderst um affektive Dynamiken, welche die strukturellen Gegebenheiten der Orte aufgreifen und Wähler_innen, die sich zurückgestellt fühlen, andere Identifikationsangebote machen können (vgl. Pates & Leser, i.E.). Wähler_innen wählen demnach die AfD nicht (nur), weil sie ex ante Nationalist_innen sind, sondern weil der Nationalismus ihnen über ihre Ressentiments hinweghilft. Die Parteisitzungen entwickeln hier besondere Dynamiken: Lokale Probleme werden aufgegriffen durch sich als Kümmer_innen gebende Parteivertreter_innen, lokale Ressentiments werden wie in einer Echokammer verstärkt und damit zu neuen Gewissheiten und die mit ihnen verbundenen Narrative der Zurückweisung und kollektiven Kränkung werden verstärkt. Damit entwickelt sich die AfD womöglich zu einer neuen Regionalpartei, wie es die CSU für Bayern ist: Die Narrative, Interessensgemengelage und Anerkennungslogiken sind zunehmend global (oder europäisch) für die einen und lokal für die anderen.

Dies hilft uns auch, politische Konsequenzen zu formulieren. Wer dem Rechtsruck etwas entgegenstellen will, müsste

- die Repräsentationslücke schließen, was ein entsprechendes parteipolitisches Programm für alle Parteien bedeutet;
- die Anerkennungsangebote für nichttransnationale Milieus erhöhen, was einige Kreativität erfordert;
- die sozialen Kosten für rassifizierende und ethnisierende, islamophobe und homophobe Äußerungen steigern (durch Förderung der demokratiefreundlichen Zivilgesellschaft etwa, aber auch durch Verfassungsschutzberichte u.Ä.).

Wo der Rechtsruck stärker wird und die Orte toxischer, wird dies durch Wohlfahrtsstaatschauvinismus und moralischen Partikularismus verklärt (vgl. Leser & Pates, i.E.; Pates, 2011). Die affektiven und biographischen Kosten der Transformation in postsozialistischen Regionen sind jedoch ungleich verteilt. Die mit ihnen verbundenen sozialen Verwerfungen sowie die disproportionale Emigration der transnationalen Milieus führten jedoch zu einer Verdichtung derjenigen Teile der Bevölkerung, die mit dem Status quo unzufrieden sind. Es ist also nicht »der Osten« oder »die Landbevölkerung«, welche für den Rechtsruck verantwortlich gemacht werden können, sondern wir sehen hier lokale politische Konsequenzen für globale Änderungen, auch in Anerkennungsökonomien, gegen welche der erstarkende Nationalismus eine Lösung verspricht.

Literatur

- Ausländerstatistik. (2018). In Statistisches Bundesamt: Migration und Integration. Zugriff am 10.10.2019 von <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender.html;jsessionid=2CE2E7BA6CD506C240C981BA9D981361.internet722>
- Bahrman, H. & Links, C. (Hg.) (2005). *Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Bangel, C., Blicke, P., Erdmann, E., Faigle, P., Loos, A., Stahnke, J., Tröger, J. & Venohr, S. (2019). »Ost-West-Wanderung: Die Millionen, die gingen«, *ZEIT Online*, 2. Mai 2019. Zugriff am 16.05.2019 von <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug>
- Bergmann, K., Diermeier, M. & Niehues, J. (2018). Ein komplexes Gebilde. Eine sozio-ökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 2. 243-264.
- Best, H. (2018). Rechtsextremismus im Kontext der politischen Kultur des Freistaats Thüringen. In T. Oppelland (Hg.), *Politik und Regieren in Thüringen* (S. 99-113). Wiesbaden: Springer VS.

- Cramer, K. J. (2016). *The politics of resentment: Rural consciousness in Wisconsin and the rise of Scott Walker*. University of Chicago Press.
- Dowling, E., van Dyk, S., & Graefe, S. (2017). Rückkehr des Hauptwiderspruchs? PROKLA. *Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 47(188), 411-420.
- Elsässer, L., Hense, S. & Schäfer, A. (2017). »Dem Deutschen Volke«? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 27(2), 161-180.
- El-Tayeb, F. (2016). Deutschland postmigrantisch? Rassismus, Fremdheit und die Mitte der Gesellschaft. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 66(14-15), 15-21.
- Eribon, D. (2016). *Rückkehr nach Reims*. Berlin: Suhrkamp.
- Fink, P., Hennicke, M. & Tiemann, H. (2019). *Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Franz, D., Fratzscher, M., & Kritikos, A. (2018). AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. *DIW-Wochenbericht*, 85 (8), 135-144. doi: 10.18723/diw_wb:2018-8-3
- Gest, J. (2016). *The New Minority: White Working Class Politics in an Age of Immigration and Inequality*. New York: Oxford University Press.
- Giebler, H. & Regel, S. (2017). *Wer wählt rechtspopulistisch? Geografische und individuelle Erklärungsfaktoren bei sieben Landtagswahlen*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Goodhart, D. (2017). *The road to somewhere: the populist revolt and the future of politics*. Oxford: Oxford University Press.
- Hochschild, A. R. (2017). *Fremd in ihrem Land: eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten*. Frankfurt/M.: Campus Verlag.
- Jäckle, S., Wagschal, U. & Kattler, A. (2018). Distanz zur Grenze als Indikator für den Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern? *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12 (3), 539-566. doi: 10.1007/s12286-018-0395-8
- Klein, M. (2013). *Die nationale Identität der Deutschen: Commitment, Grenzkonstruktionen und Werte zu Beginn des 21. Jahrhunderts*. Berlin: Springer.
- Koppetsch, C. (2017). Aufstand der Etablierten? Rechtspopulismus und die gefährdete Mitte. *Soziopolis* vom 12.04.2017. Zugriff am 10.10.2019 von <https://soziopolis.de/beobachten/kultur/artikel/aufstand-der-etablierten/>.
- Koppetsch, C. (2019). *Die Gesellschaft des Zorns: Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Kurtenbach, S. (2019). *Ausgrenzung Geflüchteter. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Bautzen*. Berlin: Springer.
- Lengfeld, H. (2017). Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer?, *Kölner Zeitschrift für Soziologie*, 38, 379-399.
- Leser, J. & Pates, R. (i.E.) *Deutsch ≠ Deutsch. Eine empirische Untersuchung des Nationalismus in der Migrationsgesellschaft*. Manuskript erstellt im Zusammenhang mit dem BMBF-geförderten Forschungsprojekt *Fremde im eigenen Land?*

- Levitsky, S. & Ziblatt, D. (2018). *Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können*. München: DVA.
- Manow, P. (2018). *Die Politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Markovits, D. (2019). *The Meritocracy Trap: How America's Foundational Myth Feeds Inequality, Dismantles the Middle Class, and Devours the Elite*. London: Penguin.
- Maurer, R., Sander, B. & Schmidt, K.-D. (1991). Privatisierung in Ostdeutschland: zur Arbeit der Treuhandanstalt. *Die Weltwirtschaft*, 1, 45-66.
- Milbert, A. (2015). *Wachsen oder schrumpfen?* BBSR-Typisierung als Beitrag für die wissenschaftliche und politische Debatte. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (BBSR).
- Minkenberg, M. (2017). *The Radical Right in Eastern Europe: Democracy under Siege?* New York: Palgrave.
- Minkenberg, M. (2002). The Radical Right in Postsocialist Central and Eastern Europe: Comparative Observations and Interpretations. *East European Politics and Societies* 16 (2), 335-362. DOI: 10.1177/088832540201600201
- Mudde, C. (2019). Why copying the populist right isn't going to save the left. Social democratic parties have been losing ground for more than two decades – but pandering to rightwing anxieties about immigration is not the solution. *The Guardian*, 14.05.2019. Zugriff am 25.05.2019 von https://www.theguardian.com/news/2019/may/14/why-copying-the-populist-right-isnt-going-to-save-the-left?CMP=sharebtn_tw
- Niedermayer, O. & Hofrichter, J. (2016). Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?. *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 47 (2), 267-285.
- Pates, R. (2011). Die Hölle sind immer die anderen. Moralische Ordnung in Trainings gegen Rechtsextremisten. In E. Buck, A. Dölemeyer, P. Erxleben, S. Kausch, A. Mehrer, M. Rodatz, & G. Wiedemann. (Hg.), *Ordnung. Macht. Extremismus: Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells* (S. 212-239). Berlin: Springer.
- Pates, R. & Futh, M. (2018). Die Nation und ihre Affekte: Eine Untersuchung über die Auswirkungen unterschiedlicher Begrifflichkeiten. *ZDfm – Zeitschrift für Diversitätsforschung und -management*, 3 (2), 188-194.
- Pates, R. & Leser, J. (i.E.) *The Wolves are Coming Back: The Politics of Fear in Eastern Germany*. Manchester: Manchester University Pres.
- Patzelt, W. J. (2018). Mängel in der Responsivität oder Störungen in der Kommunikation? Deutschlands Repräsentationslücke und die AfD. *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 49 (4), 885-895.
- Reiser, M., Best, H., Salheiser, A. & Vogel, L. (2018). *Politische Kultur im Freistaat Thüringen*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Rolfes, M. (2011). Rechtsextremismus und Raum. Über die Potenziale und Tücken eines räumlichen Blicks. In Kopke, C. (Hg.): *Die Grenzen der Toleranz. Rechts-*

- extremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven* (S. 129-149). Potsdam: Universitätsverlag.
- Sächsischer Verfassungsschutzbericht. (2017). Zugriff am 20.05.2019 von https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/VSB2017_web.pdf
- Shoshan, N. (2016). *The management of hate: Nation, affect, and the governance of right-wing extremism in Germany*. Princeton: Princeton University Press.
- Stegemann, B. (2017). Der liberale Populismus und seine Feinde. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 62 (4), 81-94.
- Streeck, W. (2017). Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus. H. Geiselberger (Hg.), *Die große Regression* (S. 253-275). Berlin: Suhrkamp.
- van Dyk, S. & Graefe, S. (2018). Identitätspolitik oder Klassenkampf? Über eine falsche Alternative in Zeiten des Rechtspopulismus. In Becker, K., Dörre, K. und Reif-Spirek, P. (Hg.), *Arbeiterbewegung von rechts?: Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte* (S. 337-354). Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- van Dyk, S. (2019). Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69 (9-11), 25-32.
- von Braun, C. (2017). Anti-Genderismus. Über das Feindbild Geschlechterforschung. *Kursbuch* 192, 28-45.
- von der Heyden, E. (1995). Privatization in East Germany: The delivery of an economy. *The Columbia Journal of World Business*, 30 (3), 42-54.
- Williams, J. C. (2017). *White working class: Overcoming class cluelessness in America*. Cambridge: Harvard Business Press.